

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

11.3.1930 (No. 60)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsrieder-
Straße Nr. 14
Herausgeber:
Nr. 933
und 934
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 9515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Statistiker:
Chefredakteur
G. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einjährig 32,50 RM, einschließlich Postgebühren. — Anzeigenpreis: 10 Rp. für 1 mm Höhe und ein Quadratmeter Breite. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und bewirkt werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsrieder-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Direktorium des Reichsanzeigers abgehandelt. Bei Abrechnung, Abrechnung und Kontostandverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen anderer Dienststellen, hat der Inhaber keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unbefragte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanzeiger für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Hochschullehrer, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

„Augen auf!“

Die Fortschritte der Unfallbekämpfung

Als der Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften im Frühjahr 1929 die Reichs-Unfallverhütungswochen (RUWo) veranstaltete, war die Zahl der Teilnehmer groß. Wenn man freilich erfährt, daß durch diese Veranstaltung 971 000 Besucher von Vorträgen, Ausstellungen usw. erfaßt wurden, wo zu noch 603 000 Besucher von Filmvorführungen kommen, wenn man weiterhin weiß, daß viele Tausende von Diapositiven, viele Hunderte von Filmen verbreitet wurden, wenn man bei alledem berücksichtigt, daß nur ein Teil der RUWo-Ortsausgänge Berichte einreichte, so daß die oben angeführten Zahlen nur für einen Teil des Reiches gelten, so kann man sich ein einigermaßen zutreffendes Bild von der Wirkung dieser großartigen Propagandaaktion machen.

Ganz besonderer Wert wurde, wie vielleicht noch erinnernlich, während der RUWo auf die Verbreitung der offiziellen RUWo-Broschüren gelegt. Es wurde auch die erstaunliche Rekordzahl von acht Millionen Broschüren erreicht, die im ganzen Deutschen Reich an das Publikum verteilt wurden. Wenn man nur rechnet, daß im Durchschnitt drei bis vier Personen je eine Broschüre lesen oder wenigstens durchblättern, so bedeutet das, daß annähernd die Hälfte der Gesamtbevölkerung Deutschlands durch die RUWo auf den Unfallverhütungsgedanken aufmerksam gemacht und wenigstens zum Teil wohl auch vertraut mit ihm geworden ist.

Sobald haben die staatlichen Ämter einiger Städte ihre Mitteilungen über Verkehrsunfälle im Jahre 1929 veröffentlicht. Es ist ein erstaunliches Zusammentreffen, daß die drei vorliegenden Meldungen von Berlin, Magdeburg und Weismünde trotz erheblicher Steigerung des Verkehrs und Zunahme der Kraftfahrzeuge einen Stillstand oder gar ein geringes Zurückgehen in den bisher seit Jahren unentwegt zum Teil sprunghaft emporkletternden Kurven der Verkehrsunfälle feststellen. Ein abschließendes Urteil wird man selbstverständlich erst nach Vorliegen der Reichsstatistik abgeben können. Aber immerhin lassen doch diese Zahlen in diesen Städten, in denen die RUWo mit großer Energie durchgeführt wurde, Rückschlüsse darüber zu, daß mindestens ein Teil des Erfolges auf das Konto der RUWo und ihrer Broschürenagitation und das durch sie gesteigerte Verantwortungsgefühl im Verkehrsleben zurückzuführen ist.

Die RUWo-Broschüre, die ganz besonders die Verkehrsunfälle behandelt, „Augen auf!“, das Wächlein zur Unfallverhütung für jung und alt, wird nunmehr vom Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften gemeinsam mit der Deutschen Verkehrsbehörde und in Verbindung mit der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft zum zweiten Male in völlig neuer Gestalt herausgegeben; der geringe Preis von 15 Pf. pro Stück macht es jedermann möglich, für sich selbst, für seine Angehörigen und besonders für seine Kinder dieses Besten anzuschaffen. Die nach erheblich verbilligten Preisen beim Massenbezug (bis zu 11 Pf. pro Stück) geben die Möglichkeit, unter den Vorgesetzten von Fabriken, insbesondere auch von Verkehrsunternehmen, vor allem auch in den Schulen, in den Fortbildungs- und Berufsschulen sowie allgemein im großen Maßstab dieses Besten an das breite Publikum zu verbreiten. Bestellungen vermittelt die Unfallverhütungsbildung, m. b. H. beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften, Berlin W 9, Köthener Straße 37.

Es sei nochmals daran erinnert, daß die bisher in der öffentlichen Meinung so tiefmütterlich behandelte Unfallverhütung wohl die gleiche Beachtung verdient wie die vielfach im Vordergrund des Interesses stehenden Bestrebungen hygienischer Volkserziehung. Sind es doch 24 000 Tote, die wir jährlich durch Unfälle verlieren! Wenn man bedenkt, daß wir im Jahre 1926 erst knapp 500 000 Kraftfahrzeuge in Deutschland hatten, während im Jahre 1929 1 214 059 Kraftfahrzeuge in Deutschland gezählt wurden, so kann man sich bei Fortgang dieser Steigerung selbst ausrechnen, wie unser Verkehr lawinenhaft anschwellend immer mehr Opfer fordern muß, wenn nicht die notwendigen Abwehrmaßnahmen einsehen. Die aussichtsreichste Unfallverhütung ist die Hebung des Verantwortungsbewusstseins, die Steigerung der Disziplin, die Förderung der Verkehrsgewandtheit. Diesem Ziele strebt das Heftchen „Augen auf!“ zu. Es liegt mitten im wohlverstandenen Allgemeininteresse, daß allerorts für seine Verbreitung Sorge getragen wird.

Der Reichspräsident empfing die zum Besuch in Deutschland anwesende chinesische Marinekommission.

Großadmiral von Tirpitz wurde am Montag auf dem Ehrenfriedhof des Münchener Waldfriedhofes bei großer Beteiligung von Leidtragenden beigesetzt.

Die Benzinsteuern. In der Forderung, daß der Benzinzoll nicht ausreiche, sondern unbedingt von einer Benzinsteuern für im Inland erzeugtes Benzin begleitet sein müsse, wird mitgeteilt, daß der Reichsfinanzminister bereit sei, auch eine Benzinsteuern einzuführen. Die durch den erhöhten Zoll geschätzten entsprechenden deutschen Erzeugnisse sollen mit einer einer Zollbefreiung etwa gleichkommenden Steuer belegt werden. Die Vorarbeiten für diese Steuer sind bereits aufgenommen.

Die preussische Oberpräsidentenfrage. In der heutigen Dienstadtung des preussischen Kabinetts sollten endlich die seit Wochen zu klärenden Personalfragen erledigt werden. Inzwischen ist laut „Vorwärts“ dieser Punkt wiederum von der Tagesordnung abgesetzt worden.

Die Jahresabrechnung der Schweizerischen Bundesbahnen. Die geschätzte Gewinn- und Verlustrechnung der Schweizerischen Bundesbahnen für 1929 schließt mit einem Einnahmeüberschuss von 20,89 Millionen Schweizer Franken ab.

Letzte Nachrichten

Keine Youngkrise

Das Zentrum stimmt zu

W.B. Berlin, 11. März (Tel.) Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, wird das Zentrum bei der heute stattfindenden Nachmittagsabstimmung über den Youngplan nunmehr doch zustimmen, da inzwischen von maßgebender Seite der Fraktion Sicherheiten gegeben sind, daß die Finanzierung bis zum 1. April entsprechend den Forderungen des Zentrums durchgeführt wird.

M. Berlin, 11. März (Priv.-Tel.) In den vereinigten Ausschüssen des Reichsrats hat heute bei Beginn der Steuerberatung Reichsfinanzminister Dr. Wolbenhauer eine Erklärung abgegeben, wonach die Reichsregierung an ihren Vorklagen festhalte. Wenn einzelne Parteien im Reichstag Änderungen planten, so sei das lediglich für sie und ihre Stellungnahme von Bedeutung. Die Reichsregierung werde sich die Führung nicht aus der Hand nehmen lassen. Diese Erklärung gebe er nicht nur im eigenen Namen, sondern auch im Namen des Reichskanzlers ab.

Nachdem das Zentrum jetzt bei der Abstimmung über die Younggehalte sich nicht der Stimme enthalten wird, ist die Gefahr einer Young-Krise beendet. Es fragt sich nun, wie die Dinge sich bei den Finanzfragen entwickeln werden.

Die Aussichten für die Weimarer Koalition als Regierungsbildung, nicht als Mittel zur Durchführung der Vorklagen, sind wohl schon deshalb schlecht zu nennen, weil in der demokratischen Fraktion deshalb es bereits zu einer Palastrevolution gekommen ist und die vier Abgeordneten Fischer-König, Hummel, Langen-Oldenburg und Ehlermann erklärt haben, daß sie bei Gründung der Weimarer Koalition ihre Mandate niederlegen würden.

W.D. Berlin, 11. März. (Tel.) Im Reichstag hielten am Dienstagmittag alle Fraktionen der Regierungsparteien Sitzungen ab. Als erste begann um 12 Uhr die Sitzung des Zentrums. Erst wenn die Fraktionen Stellung genommen haben, werden am Nachmittag die interfraktionellen Besprechungen fortgesetzt werden.

Die Ausschüsse des Reichsrats beschäftigten sich am heutigen Dienstag mit den Deckungsvorlagen des Kabinetts, die vom Reichsfinanzminister Dr. Wolbenhauer ausgearbeitet worden sind. Falls sich die Regierungsparteien oder ein Teil der Regierungsparteien auf ein von diesen Vorlagen abweichendes Finanzprogramm einigen, dürften die jetzt im Reichsrat liegenden Gesetzentwürfe nicht zurückgezogen werden, sondern die neuen Vorschläge der Parteien würden als Abänderungsanträge zu den ursprünglichen Vorlagen oder als Initiativanträge im Reichstag eingebracht werden, während die Regierung nur zu erklären brauchte, ob sie mit diesen Abänderungen ihres Programms einverstanden ist oder nicht.

Vor der Wahl Dr. Luthers zum Reichsbankpräsidenten

W.B. Berlin, 11. März (Priv.-Tel.) Wie in unterrichteten Kreisen verlautet, ist unter den Mitgliedern des Generalkonvents der Reichsbank, der heute nachmittag 4 Uhr zusammentritt, wegen der Wahl des Nachfolgers Dr. Schachts Fühlung genommen worden. Sie hat das Ergebnis gehabt, daß nun mit Sicherheit mit der Wahl Dr. Luthers zum Reichsbankpräsidenten gerechnet werden kann.

1 Uhr Polizeistunde

W.D. Berlin, 11. März (Tel.) Bei der Weiterberatung des Geschäftstages wurde gegen den scharfen Protest Preußens der Reichstag erster Lesung bestätigt, wonach im ganzen Reich um 1 Uhr Polizeistunde sein soll. Die obersten Landesbehörden dürfen Ausnahmen zulassen. Für diese Vorschrift stimmten Sozialdemokraten, Zentrum, Kommunisten und die Abgeordneten Dr. Strathmann (D. Natl.) und Dr. Mumm (Christl. Natl. AG.).

Poincaré als Schiedsrichter

W.D. Paris, 11. März (Tel.) Wie „Chicago Tribune“ aus Monte Carlo berichtet, heißt es dort in gut unterrichteten Kreisen, daß Fürst Louis von Monaco Poincaré gebeten habe, in dem Rechtsstreit auf Scheidung zwischen der Prinzessin Charlotte und Prinz Peter das Amt des Schiedsrichters zu übernehmen. Poincaré soll dieser Bitte entsprochen haben, und die Scheidungsangelegenheit dürfte danach nicht vor den Sondergerichtshof in Paris gebracht, sondern in privaten Besprechungen beigelegt werden.

* Neue Auswege

Um nichts unversucht zu lassen, haben sich die Parteien der „Weimarer Koalition“, also Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten, am Sonntagabend zusammengefunden, um ohne die Deutsche Volkspartei der drängenden Probleme (Younggehalte und Reichsfinanzreform) Herr zu werden. Vorher hatte der Reichskanzler beim Reichspräsidenten gewillt. Und die beiden Herren haben dabei alle Möglichkeiten, die sich aus der kritischen Situation ergeben könnten, durchgesprochen. Solche Möglichkeiten sind: Bildung der „Weimarer Koalition“ unter Einbeziehung der Bayerischen Volkspartei und der Versuch, mit dieser Koalition die beiden großen Probleme zu erledigen, ferner, falls dieser Versuch sich als aussichtslos erweist, Auflösung des Reichstags oder Zurückgreifen auf Artikel 48 der Reichsverfassung, welche befähigt dem Reichspräsidenten die Möglichkeit gibt, in Fällen der Not ohne den Reichstag die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen zu treffen. Zu diesem Zwecke darf der Reichspräsident verschiedene in der Reichsverfassung verankerte Grundrechte ganz oder teilweise außer Kraft setzen. Doch muß der Reichspräsident von all seinen Maßnahmen dem Reichstag unverzüglich Kenntnis geben. Und diese Maßnahmen können auf Verlangen des Reichstags außer Kraft gesetzt werden.

Praktisch haben wir es aber zunächst mit dem Versuch einer Bildung der „Weimarer Koalition“ zu tun. Das Zentrum und die Bayerische Volkspartei von neuem erklärt hatten, daß sie den Younggehalten nicht zustimmen würden, wenn nicht eine feste Bindung hinsichtlich der Reichsfinanzreform geschaffen wird, kam es vor allem darauf an, eine solche Bindung herbeizuführen. Die Besprechungen beim Reichskanzler am Samstag und Sonntag hatten gezeigt, daß mit der Deutschen Volkspartei eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Wie jetzt gemeldet wird, sind die auch am gestrigen Tage fortgesetzten Besprechungen zwischen den drei Parteien der „Weimarer Koalition“ soweit gediehen, daß von einer Einigung auf einen ganz bestimmten Reichsfinanzplan gesprochen werden kann. Um der Bayerischen Volkspartei entgegenzukommen, soll das Reich auf die Erhöhung der Biersteuer verzichten und den Ländern dafür das Recht übertragen, diese Steuer von sich aus zu erhöhen. Bayern brauchte eine solche Erhöhung dann nicht vorzunehmen. Das Reich würde die Mineralwassersteuer und die Benzol- und Benzolölzölle erhalten. Weiter sollen noch 50 Millionen auf der Industriebelastung herangezogen werden. Im ganzen fehle dann jedoch noch die Deckung für 80 Millionen.

Wenn wir die Situation richtig verstehen, so waltet in Berlin vor allem das Bestreben ob, die Younggehalte mit einer einigermaßen ausreichenden Mehrheit durchzubringen und gleichzeitig durch Aufstellung irgendeines Reichsfinanzreformplans die Wünsche des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei zu erfüllen. Allerdings muß man sich von vornherein sagen, daß diese ganze Konstruktion etwas Gewalttames an sich hat. Gewiß würden die Younggehalte dann wenigstens unter Dach und Fach gebracht werden. Und zwar mit einer Mehrheit, die so groß ist, daß sie es dem Reichspräsidenten ermöglicht, seine Unterschrift unter die Annahme zu setzen. Die Reichsfinanzreform jedoch würde nach wie vor in der Luft hängen. Denn kein Mensch wüßte zu sagen, ob der Reformplan, auf den man sich heute womöglich unter den Parteien der „Weimarer Koalition“ einigt, auch im Reichstag angenommen wird. Und schließlich muß ja nicht nur eine Regierung für die Younggehalte und die Reichsfinanzreform da sein, sondern die Gesamtgeschäfte der Regierung müssen auf der Basis einer tragfähigen Koalition weitergeführt werden.

Nach den neuesten Meldungen scheinen die Aussichten für eine regelrechte Herstellung der „Weimarer Koalition“ jedoch wenig günstig zu sein. Ohne die Bayerische Volkspartei hätten die drei Parteien überhaupt keine Mehrheit im Reichstag. Und die Bayerische Volkspartei läßt bereits erklären, daß für sie eine Beteiligung an der „Weimarer Koalition“ nicht in Frage komme. Nach einer Verlautbarung der parteioffiziellen Bayerischen Volksparteikorrespondenz sind die Bayern der Ansicht, daß es überhaupt am besten wäre, wenn die Reichsregierung jetzt schon zurückträte, nachdem sie eingesehen habe, daß sie ihren wichtigsten Aufgaben nicht genügen könne.

Mit der Beilage: 34. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Man solle es sich jedenfalls sehr überlegen, mit einem Kabinett, das sich schon selbst dem Tode geweiht hat, eine das Leben bejahende, außenpolitische Entscheidung, wie die über die Younggesetze, durchzuführen. Auch von Seiten der Demokraten kommen warnende Meldungen. Verschiedene führende Abgeordnete sollen erklärt haben, daß sie im Falle eines Beitritts der Demokraten zur „Weimarer Koalition“ ihr Mandat niederlegen würden; überhaupt macht sich ein starker Widerstand beim Wirtschaftskomitee der Demokraten gegen „die Weimarer Koalition“ bemerkbar.

Wenn man zu diesen Meldungen noch einen Artikel der „Völkischen Zeitung“ hinzusetzt, in welchem die Auflösung des Reichstags unter allen Umständen, und zwar auch für den Fall der Verabschiedung der Younggesetze, gefordert wird, weil der gegenwärtige Zustand einfach unerträglich geworden sei, dann muß man um so mehr die Fähigkeit der Parteiführer bewundern, die immer noch in Berlin versuchen, den Ausbruch der Krise zu vermeiden. Berichte des „Vorwärts“ und des „Berliner Tageblatt“ halten daran fest, daß eine Einigung über den Reichsfinanzreformplan unter den drei Parteien der „Weimarer Koalition“ durchaus im Bereiche der Möglichkeit liege, zumal noch neue Vorschläge (Besteuerung des ersten Umjages von Importartikeln, Erhöhung der allgemeinen Umsatzsteuer von 0,75 auf 0,80 Proz., einmaliger Zuschlag zur Einkommensteuer) aufgetaucht seien. Es ist nicht ausgeschlossen, daß schon in diesem Augenblick, in dem wir diese Zeilen schreiben, die Einigung unter den drei Fraktionen herbeigeführt worden ist. Bayerische Volkspartei und Deutsche Volkspartei hätten dann dazu Stellung zu nehmen. Würde die Bayerische Volkspartei dem neuen Plane zustimmen und sich zu seiner Annahme im Reichstag verpflichten, dann wäre allerdings praktisch eine neue, wenigstens zur Lösung dieser Aufgabe bereifene Koalition gebildet. Und sie hätte zunächst eine Mehrheit, die ausreichen würde. Vor allem würden aber Zentrum und Bayerische Volkspartei für die Younggesetze stimmen können.

(Nach einer nach Redaktionsschluss eingetroffenen Nachricht, wird das Zentrum den Younggesetzen nun zustimmen, weil ihm Sicherungen für die Erledigung der Finanzfragen gegeben worden seien.)

Aus den Ländern

Diätenkürzung in Hessen? Eine Meldung, wonach im Hessischen Landtag eine Herabsetzung der Diäten beschlossen worden sei, eilt den Tatsachen voraus. Die Angelegenheit wird erst noch im Ausschuss des Landtages beraten. Die Aufwandsentschädigung der Darmstädter Abgeordneten soll um ein Sechstel, der in der Umgebung wohnenden um ein Achtel, der entfernter wohnenden Abgeordneten um ein Zehntel gekürzt, und die für die Sitzungen gezahlten Tagesgelder um ein Sechstel gemindert werden. Die Ersparnis beträgt etwa 20 000 RM.

Die Regierungsbildung in Sachsen. Der Vorsitzende der Demokratischen Partei Sachsens, Reichsminister a. D. Dr. Kull, hat, der „Völk. Ztg.“ zufolge, die sozialdemokratische Anfrage wegen Einleitung von Verhandlungen über die Regierungsbildung grundsätzlich zustimmend beantwortet. Der Landesvertreter der Deutschen Volkspartei sprach sich dafür aus, alle Kräfte daran zu setzen, um erneut die Bildung einer von der Sozialdemokratie unabhängigen Regierung in die Wege zu leiten. Sollten diese Versuche erfolglos bleiben, dann müßten Neuwahlen durchgeführt werden.

Zur Südamerikafahrt des „Graf Zeppelin“

DB, Friedrichshafen, 11. März. (Tel.) Mit dem Gogagampfer „Sachsenwald“, der Hamburg am 8. März verlassen hat, begibt sich Marinebaurat a. D. Ernst Reich, vom Luftschiffbau Zeppelin in Friedrichshafen nach Pernambuco, um dort in Verbindung mit der Hamburg-Amerika-Linie die Vorbereitungen für die Landung des „Graf Zeppelin“ auf seiner geplanten Südamerikafahrt zu treffen. An Bord des Dampfers befindet sich neben zahlreichen sonstigen für die Landung erforderlichen Ausrüstungsmaterial und den Reservekräften für das Luftschiff auch der Ankermaß, der umweit von Pernambuco aufgestellt werden soll.

Gefährliche Tegner

WDB, Regensburg, 11. März. (Tel.) Der des Mordes und Mordversuches beschuldigte Kaufmann Tegner hat bei einer zweiten Vernehmung in der Untersuchungsanstalt endlich ein Geständnis abgelegt. Danach hat er den Unbekannten, den er zwischen Leipzig und Hof zur Mitfahrt eingeladen hatte, mit Benzol übergossen und das Benzol entzündet, so daß der Unglückliche bei vollem Bewußtsein verbrannte. Tegner hat jetzt auch den zuerst abgelegten Mordversuch an dem Mechaniker Ortner zugegeben. Seine Frau, so wird von ihm berichtet, habe von dem Plan gewußt und ihn gebilligt; dagegen werden die Verdachtsmomente gegen die ebenfalls verhaftete Kaffeehändlerin Nagel aus Regensburg, die der Mitwisserschaft beschuldigt wird, immer mehr entkräftet, so daß ihre Haftentlassung in Aussicht genommen ist.

Auf der Chaussee von Höchst nach Frankfurt a. M. stießen in der vergangenen Nacht eine Kraftradmaschine aus Frankfurt mit einem großen Privatwagen, in dem sich sechs Personen befanden, so heftig zusammen, daß der Tank des einen Autos explodierte. Beide Wagen verbrannten. Von den sechs Insassen des großen Autos kamen zwei in den Flammen um.

Die 18 Jahre alte amerikanische Fliegerin Elmer Smith hat einen neuen Höhenrekord für Flugzeugführerinnen aufgestellt. Sie erreichte eine Höhe von 9755 Meter, verlor dann aber die Bestimmung. Als sie aus ihrer Betäubung wieder erwachte, war das Flugzeug bereits um 2000 Meter gefallen.

Die White-Star-Linie hat es abgelehnt, die flammesicheren Zwillinge Mary und Margaret Gibbs, die 18 Jahre alt sind, auf der „Majestic“ als eine Person nach Europa zu befördern. Entgegenkommender hatten sich die amerikanischen Bahnen gezeigt, die den Zwillingen für ihre Reisen nur ein Billett in Anrechnung brachten. Die White-Star-Linie macht geltend, daß bei Eisenbahnfahrten die Verpflegung nicht eingerechnet ist.

In Schintai in Mittelkorea wurden bei einem Kinobrand 104 Personen, meist Kinder, getötet und 100 verletzt.

Die zweite Lesung der Younggesetze

Heute nachmittags Abstimmung — Das Liquidationsabkommen mit Polen

Im Reichstag konnte die zweite Beratung der Younggesetze auch am Montag noch nicht endgültig abgeschlossen werden, weil gemäß der Vereinbarung der Regierungsparteien mit der Regierung die Abstimmungen erst am heutigen Dienstag nachmittags stattfinden sollen.

Die Debatte wurde beendet durch eine Rede des Reichsaussenministers Dr. Curtius, in der er sich für die Annahme des von der Rechten besonders scharf angegriffenen deutsch-polnischen Liquidationsabkommens einsetzte. Unter Hinweis auf ein von der Regierung eingeholtes Rechtsgutachten betonte der Minister, daß dieses Abkommen keinen verfassungsändernden Charakter habe. Die Intrennbarkeit von den übrigen Younggesetzen ergebe sich aus den Verhandlungen der Pariser Sachverständigenkonferenz. Auf dieser Konferenz sei auch festgestellt worden, daß eine Anrechnung des Wertes der an Polen abgetretenen Gebiete ausgeschlossen sei. Der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht habe diese Stelle der Pariser Sachverständigenvereinbarung in seinem Memorandum weggelassen. Oft durch erregte Kundgebungen von rechts unterbrochen, erklärte Minister Dr. Curtius, der deutsch-polnische Handelsvertrag werde in den nächsten Tagen paragrafisiert werden, und die deutsche Landwirtschaft werde sich über diesen Vertrag nicht zu beschweren haben. Der Protest ostpreussischer Kreise gegen das deutsch-polnische Liquidationsabkommen sei unverständlich, denn gerade durch dieses Abkommen werde Ostpreußen vor der Isolierung gewahrt, die sein Schicksal sein würde, wenn jene Brücke fällt, die durch die Deutschen im polnischen Korridor gebildet wird und deren Fundament die Deutschen in der abgetretenen Provinz Polen sind. Dem Haushaltsausschuss wurde dann nach kurzer Aussprache ein Gesetzentwurf überwiesen, wonach das Reichsentscheidungskomitee am 31. März aufgelöst werden soll.

Gegen die Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten bei Stimmhaltung der Deutschnationalen wurden schließlich Anträge des Geschäftsordnungsausschusses angenommen, nach denen die Immunität von sieben kommunistischen und zwei nationalsozialistischen Abgeordneten für Strafverfolgungen wegen Hochverrats und Beleidigung aufgehoben wird. Mit Zustimmung der Deutschnationalen wurde auch die Immunität des deutschen Nationalen Abg. Berndt aufgehoben für das Disziplinarverfahren, das gegen Berndt in seiner Eigenschaft als Schönbeger Bürgermeister wegen seines Verhaltens beim Volksentscheid eingeleitet worden ist. Am Dienstag wird die Sitzung um 15 Uhr beginnen. Neben der Abstimmung über die Younggesetze stehen das Protokoll und kleinere Vorlagen auf der Tagesordnung.

Landgemeinden, Finanzreform und Lastenausgleich

Bei einem Presseempfang in Berlin führte der Präsident des Deutschen Landgemeindetages, Dr. Gerete-Prefel, über die Forderungen der Landgemeinden u. a. aus:

Da die endgültige Gestaltung der Finanzreform und des Lastenausgleichs noch offen ist, erscheint es angebracht, die grundsätzlichen Forderungen des Landes und der Landgemeinden noch einmal mit allem Nachdruck anzumelden. Hierbei ist zu bedenken, daß von den rund 83 000 deutschen Gemeinden über 60 000 Landgemeinden sind. — In der Öffentlichkeit wird heute sehr viel geschrieben von der außerordentlichen Notlage der großen Städte, besonders Berlins. Das vorliegende amtliche Material beweist, daß Berlin an Steuerüberweisungen aus Einkommen- und Körperschaftsteuer auf den Kopf der Bevölkerung 33,84 M erhält gegenüber 3,19 M auf den Kopf der Bevölkerung in den ärmsten Agrar- und Industrieortgemeinden. Wie angesichts dieser fast 11fachen Dotierung von einer Benachteiligung Berlins bei der Steuerüberweisung gesprochen werden kann, ist unerfindlich. Man darf nie vergessen, daß die leistungsschwachen ländlichen Gemeinden, genau wie die großen Gemeinden, zwangsläufig Ausgaben für kulturelle und soziale Zwecke zu leisten haben, die in dem Ausgabenetat der kleinen Gemeinden einen noch höheren Prozentsatz ausmachen, als in den großen Gemeinden. Ebenso wie der Gedanke der Sicherung eines Existenzminimums für den einzelnen Staatsbürger immer mehr durchgeführt werden soll, muß auch den Gemeinden ein gewisses Existenzminimum angesichts der großen, fast 90 Proz. bei den Landgemeinden ausmachenden zwangsläufigen Ausgaben gesichert werden.

Ein sozial gerechter Lastenausgleich läßt sich nur durchführen, wenn die den Gemeinden zustehenden Reichsteueranteile nach Maßgabe der Einwohnerzahl und der Zahl der Kinder bis zu 14 Jahren verteilt werden. Diese beiden Faktoren sind die einfachsten und besten objektiven Gradmesser für die Höhe der sozialen und kulturellen zwangsläufigen Lasten der Gemeinden. Bei der kommunalen Verwaltungsreform muß alles vermieden werden, was den Landgemeinden von der Bevölkerung nicht gewünschte neue Behördeneinrichtungen schafft und überhaupt den Landgemeinden weitere finanzielle Belastungen auferlegt, ohne ihnen dafür ausreichende Deckung zu bieten. In diesem Zusammenhang muß heute schon gerade von Standpunkt der Anhänger des Berufsbeamtenentums gewarnt werden vor der Überspannung des Gedankens, daß alle sogenannten Hoheitsaufgaben nur von Beamten ausgeführt werden sollen. Nur, wenn auf dem Lande bessere Lebensbedingungen geschaffen werden als bisher, können die Landgemeinden beitragen, der sich immer gefährlicher auswirkenden Landflucht entgegenzuarbeiten. Von zwei Grundforderungen hängt die Existenz des Landes ab: Sofortiger allgemeiner sozial gerechter Lastenausgleich und Rentabilität der Landwirtschaft.

Mahnahmen gegen unerwünschte Elemente in der Schweiz

Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement hat dem Bundesrat einen vorläufigen Bericht der Bundesanwaltschaft über die polizeiliche Voruntersuchung unterbreitet, die in den Kantonen Tessin und St. Gallen wegen unerlaubten Informationsdienstes eingeleitet wurde. Der Bundesrat hat die Ausweisung des aus Mailand stammenden Emilio Bottiglia beschlossen. Dieser ist mit falschem Paß nach der Schweiz gekommen und hat von Chiaffo aus als angeblicher Antifaschist den Herausgeber des antifaschistischen Blattes „Becco Giallo“ in Paris veranlaßt, ihm regelmäßig größere Lieferungen zu angeblichem Vertrieb in Italien zukommen zu lassen.

Trotsky wollte nach Spanien. Aus Madrid wird gemeldet, daß der Herzog von Alba als Minister des Auswärtigen dem Ersuchen Trotskys, einige Zeit wegen seines Gesundheitszustandes in Spanien Aufenthalt zu nehmen, nicht Folge gegeben hat.

Amerika und Haiti. Die von Hoover nach Haiti entsandte Untersuchungskommission hat dem Präsidenten von Haiti mitgeteilt, daß ihm jede amerikanische Unterstützung entzogen werden würde, wenn er sein Versprechen, die Durchführung des von Hoover gebilligten Planes der Einsetzung eines provisorischen Präsidenten, zu fördern, nicht einhalten sollte.

Reichsbahn und Youngplan

Die Gehälter der leitenden Beamten

Die Reichsbahnhauptverwaltung veröffentlicht eine längere Erklärung, in der sie sich mit Presseangriffen beschäftigt, die besagten, daß die Leitung der Reichsbahn aus der heutigen Organisationsform der Reichsbahn-Gesellschaft für sich Kapital geschlagen hätte, Verwaltungsratsmitglieder ihre Stellung zu geschäftlichen Vorteilen ausnützten und leitende Beamte sich mit unzulässigen Gehältern segneten. Auch bei der Neuordnung der Reichsbahn in Ausführung des Youngplanes hätten leitende Reichsbahnpersonalisten Einfluß genommen, um ihre angeblichen persönlichen Vorteile zu wahren.

Die Erklärung weist darauf hin, daß bereits die Reichsverfassung die Reichsbahn als selbständiges wirtschaftliches Unternehmen in Aussicht genommen habe, und daß die Selbstverwaltung an sich mit der Reparationsfrage gar nichts zu tun habe. Die phantastischen Zahlen, die über die Einkommen der leitenden Beamten immer wieder gemacht wurden, seien frei erfunden. Das Gesamteinkommen des Generaldirektors einschließlich Dienstaufwandsentschädigung erreiche nicht 100 000 Reichsmark. Die Gehälter der sieben Mitglieder des Vorstandes bewegten sich weit darunter. Die Mitwirkung der Mitglieder des Verwaltungsrates aus Kreisen der Wirtschaft habe sich als besonders segensreich erwiesen. Die Behauptung, daß irgendein Mitglied des Verwaltungsrates jemals seine Stellung dazu ausgenutzt habe, persönliche Vorteile herauszuholen, sei absurd und zeuge von geringer Kenntnis der aufopfernden verantwortungsvollen Arbeit.

Das Neuenunternehmen der Reichsbahn-Gesellschaft sieht heute finanziell gesund da und bilde bei seiner engen Verbindung mit dem Reich und seiner Finanzwirtschaft eine Basis zur Fortführung einer gesunden deutschen Finanzwirtschaft.

Alle Behauptungen über eine Einflußnahme der Reichsbahnverwaltung auf die Gestaltung der Reichsbahnorganisation seien müßige Kombinationen, deren dauernde Wiederholung ihnen nichts von ihrer Falschheit nehme.

Die Londoner Flottenkonferenz

Ablehnung der französischen Sicherheitsforderungen

W.D. London, 11. März. (Tel.) Die Bemühungen Briands um neue politische Garantien sind, wie sich aus der Presse ergibt, an dem Widerstand Englands und Amerikas gescheitert. „Times“ sagt: Die britische Regierung ist nach wie vor entschieden gegen ein „Mittelmeerlocarno“. Es wird jetzt versucht werden, einen Ausgleichsvorschlag zu finden. Es verlautet, daß Briand an eine Vereinbarung denkt, durch die die politische Frage einer späteren Konferenz vorbehalten würde, die auf diplomatischem Wege vorzubereiten wäre. In diesem Falle würden die Forderungen des französischen Bauprogramms unverändert bleiben, aber später entschieden werden, wenn eine Frankreich befriedigende Sicherheit zustande käme.

Ein französisch-italienischer Freundschafts- und Schiedsvertrag?

„Daily Herald“ schreibt: In eingeweihten Kreisen herrscht ein sehr starker Optimismus, obwohl niemand genau sagen könne, worauf sich dieses Vertrauen gründe. Gewiß seien die Verhandlungen heikel, aber es gäbe Möglichkeiten, die sich jetzt zu entwickeln begämen. Zum Beispiel liege bereits der Entwurf eines französisch-italienischen Freundschafts-, Schieds- und Vergleichsvertrages vor, der nur noch der Unterschrift bedürfe. Die Italiener seien zur Unterschrift bereit, es frage sich nur noch, ob die Franzosen es gleichfalls seien.

Die polnische Ansetzungspläne

In der Montagtagung des polnischen Senats nahm der Minister für Agrarreform, Staniewicz, das Wort, um die polnische Barzelerungspläne in Polen und Pomerellen zu begründen. Der Minister versicherte, daß die Anhebung von Polen in den Westprovinzen eine finanzielle Notwendigkeit darstelle. Es sei dies schon mit Rücksicht auf eine mögliche Auseinandersetzung erforderlich. Lokale Deutsche würden übrigens bei der Landverteilung berücksichtigt werden. Der deutsche Senator Spiederemann bestritt in seiner Antwort, daß jemals deutsche Siedler Land erhalten hätten. Als Nichtmilitär könne er auch nicht versprechen, welchen strategischen Wert 100 000 Polen mehr oder weniger in Pomerellen haben könnten.

Kurze Nachrichten

Ein zweites Berliner Todesopfer. Die Kommunistenunruhen am Donnerstag haben jetzt ein zweites Todesopfer gefordert. Montag nachmittags verstarb im Krankenhaus der 20 Jahre alte Georg Kartowitsch aus Richtenberg. Er hatte bei einem Zusammenstoß zwischen Demonstranten und der Polizei an der Kreuzung der Friedrich- und Leipziger Straße einen Bauchschuß erhalten.

Eine Kunstschulfrage. Die Schaffung einer internationalen Kunstschulfrage, durch die in einem kommenden Kriege Kunstwerke resp. die Museen gekennzeichnet werden sollen — wie die Hospitaller durch die Flagge des Kreuzer roten Kreuzes — wird zur Zeit in Paris gemeinsam mit maßgebenden Persönlichkeiten des Internationalen roten Kreuzes erörtert. Die erste Anregung soll von dem amerikanischen Senator Borah ausgegangen sein.

Zurückweisung der Revisionen Hoffes und Schalls. Am 12. Mai vorigen Jahres waren die Autonomisten Hoffe und Schall zu Gemeinderäten in Colmar bzw. Straßburg gewählt worden. Wegen ihrer Beurteilung im Colmarer Autonomistenprozess war jedoch vom elsässischen Verwaltungsgericht diese Wahl für ungültig erklärt worden. Die hiergegen von den beiden eingelegte Revision ist, wie der „Temps“ aus Colmar berichtet, vom Staatsgerichtshof verworfen worden.

Die „Kollektivierung der Landwirtschaft“ der Sowjetunion. Die Tel.-Agentur der Sowjetunion verbreitete die Mitteilung: Den ab 1. März vorliegenden Anzeigebogen zufolge sind 55 Prozent der Bauernwirtschaften kollektiviert. Es werden insgesamt 110 000 Kollektivwirtschaften eingerichtet, in denen 14 264 000 Bauernwirtschaften zusammengefaßt sind. Die Kollektivwirtschaftsfelder, die insgesamt 87 868 000 Hektar Ackerland umfassen, sind mit Saatgut vollkommen versorgt.

Streikunruhen in Argentinien. In Tucuman ist ein Streik der Bauarbeiter ausgebrochen, der sich auf die Arbeiter der Elektrizitätswerke ausgedehnt hat. Die Streikenden, die höhere Löhne fordern, haben einen Teil der Straßenbahnlinien zerstört. Der Verkehr in der Stadt ist völlig lahmgelegt.

Die neue Agitation Gandhi. 22 Bewohner der Schule Gandhi, von denen drei bereits gestorben sind, erkrankten an Pocken, die im ganzen Bezirk von Bombay große Verheerungen anrichteten. Gandhi erklärte, wenn er 70 Bais Rupien (10,5 Millionen Reichsmark) aufrufen könnte und seine Freiwilligen seinen Weisungen folgten, könne er verhindern, daß Indien ohne Zeitverlust Somerville erhalten werde.

Für öffentliche Bauten nur deutsches Baumaterial!

In Verbindung mit der Verabschiedung des deutsch-schweizerischen Handelsabkommens hat der Reichstag einen Antrag angenommen, durch den die Regierung ersucht wird, an alle Reichsbehörden die Anweisung zu geben, daß bei öffentlichen Auftragsverteilungen für Straßen-, Bahn- und sonstige Bauten ausschließlich heimisches Baumaterial verwendet werden soll. Auf die Behörden der Länder und Gemeinden sowie auf die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft soll in gleichem Sinne eingewirkt werden. Wenn Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln für Bauunternehmungen gewährt werden, so soll deren Gewährung grundsätzlich von der ausschließlichen Verwendung heimischen Baumaterials abhängig gemacht werden. Auf die Reichsbahn soll ferner auch in der Richtung eingewirkt werden, daß sie durch entsprechende Gestaltung der Frachttarife der einheimischen Steinindustrie die Konkurrenz mit den durch billige Seefrachten begünstigten Auslandsproduzenten erleichtert.

Die Gemeinden und alle übrigen kommunalen Stellen, die Bauten ausführen oder ausführen lassen, insbesondere auch die wegedienstlichen Behörden, werden sicherlich gern bereit sein, sich diesen vom Reichstage mit großer Mehrheit angenommenen Antrag vollinhaltlich zur Richtschnur zu machen. Es liegt das um so mehr in ihrem eigenen Interesse, als die Arbeitslosigkeit in der deutschen Stein- und Schotterindustrie zur Zeit beunruhigend überaus groß ist, und als die Lasten dieser Dauererwerbslosigkeit zu einem nicht geringen Teile von den kommunalen Wohlfahrtsstellen getragen werden müssen. Es wäre also eine falsche Sparsamkeit, wenn z. B. beim Bau einer Chaussee oder einer städtischen Straße ausländisches Baumaterial verwendet werden würde, nur weil es um einige wenige Prozente billiger ist. Denn diese Ersparnis würde zweifellos durch Mehrausgaben infolge der vergrößerten Arbeitslosigkeit reichlich aufgehoben werden. Bekanntlich steckt in den Preisen des Plastersteins und Schottermaterials ein sehr großer Anteil von Löhnen, sei es für die Bearbeitung und Zubereitung, oder sei es auch für den Transport der Steine. Wenn ausländisches Baumaterial wirklich etwas billiger ist als einheimisches, so beruht das fast immer darauf, daß entweder zu seiner Bearbeitung oder zu seiner Beförderung an den Ort des Verbrauchs weniger Arbeit erforderlich ist als für das deutsche.

Aber noch ein anderer Grund fällt für die strikte Befolgung der angeführten Entschließung des Reichstags in die Waagschale. Wenn sich nämlich zeigen würde, daß auch weiterhin bei der Beschaffung des Baumaterials für öffentliche Bauten lediglich preisfallulalatorische Gesichtspunkte in Betracht gezogen werden, so würde es notwendig sein, durch eine reichsrechtliche Regelung generell zu bestimmen, daß, sofern der Preisunterschied nicht mehr als 10 Proz. ausmacht, für öffentliche Bauten nur einheimisches Material verwendet werden darf. In anderen Ländern, so z. B. in England und in Italien, bestehen solche gesetzlichen Bestimmungen seit langem. Es ist zuzugeden, daß unter Umständen solche Zwangsbestimmungen unannehmlich sein können. Man kann sie vermeiden, wenn alle behördlichen Stellen, die über Materialbestellungen zu verfügen haben, sich der nationalwirtschaftlichen und sozialpolitischen Bedeutung ihrer Auftragserteilung bewußt sind. In einem Lande, in dem die Erwerbslosigkeit einen so bedauerlich großen Umfang erreicht hat, und in dem die Belastung aller öffentlichen Körperschaften durch die Arbeitslosenfürsorge so schwer ist, wie das gegenwärtig in Deutschland der Fall ist, müssen bei jedem einzelnen Bauvorhaben der öffentlichen Hand die Gesichtspunkte der Arbeitsbeschaffung und der produktiven Arbeitslosenfürsorge in den Vordergrund gestellt werden.

Badischer Teil

Berufsberatung an den Höheren Schulen

Unterrichtsminister Dr. Kemmele hat zum Zwecke der Berufsberatung der auf Schluß des laufenden Schuljahres abgehenden Schüler den Höheren Schulen folgendes zur Kenntnis gebracht:

Im Bereiche der inneren Staatsverwaltung wird für den gehobenen und den einfachen mittleren Verwaltungsdienst nur eine geringe Anzahl von Anwärtern aufgenommen werden können.

Im Geschäftsbereich des badischen Finanzministeriums werden im Laufe des Jahres 1930 voraussichtlich zur Einstellung gelangen: bei der Wasser- und Straßenbaudirektion etwa 4 mittlere technische Obersekretäre; bei der Forstabteilung etwa 8 Anwärter für den Höheren Forstverwaltungsdienst als Forstreferendare (numerus clausus); beim Finanzministerium etwa drei Anwärter für den gehobenen mittleren Finanzverwaltungsdienst.

Bei den Justizbehörden sind die Aussichten für die Beamten sämtlicher Laufbahnen ungünstig. Für den einfachen mittleren Dienst können nicht mehr Anwärter aufgenommen werden, als voraussichtlich Stellen aufgehen. Anwärter für den gehobenen mittleren Dienst werden in diesem Jahre nicht eingestellt. Gerichtsassessoren können jährlich nur 16 in den höheren Justizdienst übernommen werden.

Bei der Deutschen Reichspost werden voraussichtlich nur in ganz vereinzelten Fällen Einstellungen von Anwärtern für den höheren Dienst (Gerichts- oder Regierungsassessoren und Diplomingenieure der Elektrotechnik) und des Maschinenbaufaches mit besten Zeugnissen (sowie für die gehobene mittlere technische Laufbahn) erfolgen.

Für den Reichsfinanzdienst läßt sich noch nicht sagen, ob im kommenden Jahre wieder Anwärter für Beamtenstellen des gehobenen mittleren und des höheren Reichsfinanzdienstes eingestellt werden. Für die einberufenen Anwärter der gehobenen mittleren Dienstes sind die Aussichten bei der Zollverwaltung noch günstig, bei der Steuerverwaltung nicht.

Bei der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft werden für den gehobenen mittleren nichttechnischen Dienst, für den Oberprimaratsverwalter wird, im Bezirk der Reichsbahndirektion Karlsruhe in absehbarer Zeit keine Einstellungen in Betracht kommen. Verhältnismäßig gute Aussichten bestehen für die Laufbahn des gehobenen mittleren technischen Dienstes, soweit es sich um den bautechnischen Dienstzweig handelt. Es wird Obersekretärstelle und das Weizenzeugnis einer anerkannten technischen Fachschule verlangt. Vorübergehend können wegen dringenden Bedarfs im bautechnischen Dienst noch einige Bewerber ohne Obersekretärstelle berücksichtigt werden. Im Laufe des Jahres werden für den bautechnischen Dienst voraussichtlich etwa 20 Bewerber aufgenommen werden. Auch im maschinenbautechnischen Dienst wird voraussichtlich die Einstellung einiger weniger Dienstanfänger möglich sein. Die Aussichten für die Laufbahn des Oberen Dienstes sind schlecht. Im nichttechnischen Dienst, für den Assessor in Betracht kommen, wird im Jahre 1930 voraussichtlich niemand eingestellt werden.

Für die Beamtenlaufbahn im Bereiche der Unterrichtsverwaltung gelten die Ausführungen im Erlaß des Unterrichtsministers vom 1. Februar 1929 auch jetzt noch.

Für den Ausbau der Elztalbahn

In Karlsruhe fand eine Versammlung für den Ausbau der Elztalbahn statt, die am 17. März von württembergischer und badischer Seite besucht war. Syndikus Dr. Kaiser, Freiburg, führte aus: Über 30 Jahre würde nunmehr um die Elztalbahn gekämpft. Man könne wohl erwarten, daß von allen Seiten dieses Projekt tatkräftige Unterstützung findet. Das Oberland verlange Erleichterung für die Kriegsverluste. Eine wirtschaftliche Orientierung des Westgrenzlandes nach Osten sei anzustreben.

Bernhard Weiser, Schramberg, besprach die vier Projekte. Die Baukosten würden unter Zugrundelegung des Friedensstandes sich auf etwa 12 Millionen Reichsmark stellen. Die Reichsbahndirektion Karlsruhe rechnet auf Grund ihrer Bauverfahren im Schwarzwald mit einer Übersteuerung von 70 Proz., so daß das Projekt etwa 20 Millionen erfordern würde. In Anbetracht der Tummelbauten glaubt aber die Reichsbahndirektion, mit einer solchen Summe nicht auskommen zu können. Sie rechnet mit 30 Millionen. Bemerkenswert ist die Unterstützung der württembergischen Regierung, die durch ihren Vertreter erklärt ließ, daß sie den Plan mit allen Mitteln fördern werde und ihm sympathisch gegenüberstehe.

Eine entsprechende Entschließung, die einstimmig angenommen wurde, fordert, die 20 Kilometer lange Strecke zwischen dem jetzigen Endpunkt (Elzach) und dem Schwarzwald bis Gausach oder Gauslach in das Westgrenzlandprogramm aufzunehmen und die Mittel hierzu jetzt unter Betonung des Zwecks in den Haushalt des Reiches einzusetzen.

Gesellschafts-Autofahrten zu den badischen Schlössern

Das badische Bezirksbauamt Heidelberg hat bei der Verwaltung der Reichspost in Heidelberg und dem badischen Finanzministerium angeregt, den Besuch der badischen Schlösser zu einer Autotour für den Fremdenverkehr zu vereinigen. Am letzten Samstag fand eine Probefahrt statt. Sie nahm ihren Ausgang von Heidelberg und führte über Mannheim, Schwetzingen, Bruchsal, Karlsruhe, Kislatt, Fahrenberg nach Baden-Baden, wo die Fahrt ihren Abschluß fand. Etwa 25 Herren, Reichspostbeamte, Vertreter verschiedener städtischer Verkehrsämter, mehrere Bürgermeister, Pressevertreter und andere Herren nahmen an der Fahrt teil. Als Vertreter des Finanzministeriums sah man Min.-Rat Prof. Dr. Strick.

Der Zentralverband der Angestellten, Gau Baden

Hielt am Samstag und Sonntag seinen 10. Verbandstag in Kehl ab. Mit dem Samstag-Mittag-Zug gingen traf an allen badischen Gauen Delegierte in Kehl ein, die durch reichen Flugenspruch begrüßt wurden.

Der Gauleiter des Verbandes, Schneider, Freiburg, eröffnete die Tagung. Namens der Stadt Kehl richtete Dr. Luthmer herzliche Begrüßungsworte an die Teilnehmer. Der Geschäftsbericht fand einstimmige Annahme. Das Jahr 1929 brachte eine ansehnliche Anzahl an neuen Mitgliedern für den Verband. Der große Anteil der Jugend wurde allgemein freudig aufgenommen. Im vergangenen Jahre konnte innerhalb des Gauces einige 100 Stellen vermittelt werden. Die Industrie- und Handelsangestellten haben von allen Arbeitnehmergruppen das traurigste Los zu tragen. Das Verbandsvorstandsmittglied Schröder, Berlin, referierte über den in diesem Jahre stattfindenden Verbandstag und die dazu gestellten Anträge.

Tagungen

Die Landesagung der badischen Naturfreunde findet am 29. und 30. März in Lahr statt. Neben Erledigung der Geschäftsberichte ist über ein Referat des Hauptlehrers Falter, Freiburg i. Br., über: „Die Leidensgeschichte unserer engeren Heimat“ vorzugehen.

Der Badische Landesausflug des katholischen deutschen Frauenbundes hält in Mannheim seine diesjährige Bundesversammlung ab, für die als Gesamttitel die Idee „Heimat und Heimatgemeinde“ gewählt wurde. Das Kolpinghaus war feierlich geschmückt. Der neue Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: 1. Vorsitzende Frau Clara Siebert, Karlsruhe; 2. Vorsitzende Frau Maria Philipp, Karlsruhe, Schriftführerin Frau Theodore Aberle, Heidelberg, Schatzmeisterin Frau Heimrat Schmidt, Karlsruhe. Auch die Beisitzerinnen wurden einstimmig gewählt.

Aus der Landeshauptstadt

Der Badener Heimattag. Nachdem das Programm und Auskunftsbuch des Badener Heimattages Karlsruhe 1930 in ausgiebigem Maße verhandelt worden ist, treffen tagtäglich bei der Geschäftsstelle des Heimattages aus dem In- und Auslande Dankschreiben und Sympathiebekundungen ein. Man bestatigt, daß das Programmbuch in der Tat ein Führer und Freund aller Besucher der Veranstaltung sein wird und betont dabei, daß es gleichzeitig verleiht, unaufdringlich für die Idee der Heimatliebe und damit für die Schönheiten und unvergänglichen Güter der Heimat zu werden. Eine zweite vervollständigte Programmansage erfolgt voraussichtlich im Monat Mai.

Badische Lichtspiele — Konzerthaus. Dem recht unterhaltenden Faschingsprogramm folgt diese Woche ein historischer Film, dessen Stoff der Geschichte Frankreichs entnommen ist. Die Handlung schildert uns die Kämpfe um die Herrschaft in Frankreich um das Jahr 1830 zwischen dem Hause der Bourbonen und deren von Orleans. Während die Bourbonen den Thron besitzen, agieren Unzufriedene gegen das herrschende Regime. „Der geheime Kurier“ soll den Ansturzplan dem Herzog von Orleans, der sich in Straßburg aufhält, überbringen. Leider ist es auch hier wieder das Volk, das zum Instrument der Herrschaft gemacht wird, während die Drahtzieher hinter den Kulissen den Kampf leiten. Der Schluß der Handlung ist allerdings nicht ganz befriedigend, da der Film etwas unermittelt abbricht. Dafür ist das Werk filmtechnisch recht geschickt aufgebaut. Mit Dagobert, Anan Rosjatin u. a. bekannte Darsteller versehen diesem Film zu einem Erfolg. — Das Weizenprogramm vermittelt uns eine Reise durch den Harz, dessen liebliche Städte, Flecken und sonstige Sehenswürdigkeiten unser Auge erfreuen.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Mit dem Vorüberzug eines Tiefdruckausläufers trat auch in unserem Gebiet gestern nachmittags rasche Verschlechterung ein. Nebenfalls kam es bei auffrischenden Westwinden zu Regenschauern. Im Gebirge liegt wieder Neuschnee. Da ein neues Teillied über England erschienen ist, wird das Weizen weiter anhalten. Im Norden Europas, wo aus dem Eismeer arktische Kaltluft eingedrungen ist, herrscht wieder strenger Winter mit Temperaturen bis minus 30 Grad. Unser Gebiet wird jedoch im Bereiche der maritimen Kaltluft verbleiben. Wetterausblick: Fortdauer der unbeständigen Witterung mit zeitweiligen Regenschauern, frische westliche bis nordwestliche Winde, Temperaturen unverändert, im Gebirge weitere Schneefälle.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahlen. Der neugewählte Bürgermeister in Badbären, bisher Finanzinspektor in Karlsruhe, wird sein Amt am 17. März d. J. antreten. — In Weiber (Ami Bruchsal) verlief auch der zweite Wahlgang zur Bürgermeisterwahl ergebnislos. Von 1077 Wahlberechtigten stimmten nur 829 ab. Es erhielten Stimmen: Leonhard Holzer 313, Leopold Gärtners 299, Friedrich Land 112 und Wendelin Holzer 47 Stimmen. — In Zell a. S. stimmten von 204 Wahlberechtigten insgesamt 51 ab. Das zur Gültigkeit der Wahl erforderliche Drittel der Wahlberechtigten (68) wurde also nicht erreicht, so daß ein zweiter Wahlgang stattfinden muß. — In Wolfenweiler wurde an Stelle des wegen Krankheit, verurteilt durch einen Unfall, zurückgetretenen Bürgermeisters Kaiser der bisherige Gemeindevorstand, Wilhelm Gähler, mit übergroßer Majorität zum Bürgermeister gewählt. — In Hinterzarten wurde Gastwirt und Altbürgermeister Martin Gremminger mit 236 von 446 abgegebenen Stimmen gewählt. Sein Gegenkandidat, Gastwirt und Gemeindevorstand Adolf Feser-Löffelschmiede, erhielt 192 Stimmen.

Siedlungspläne im Redartal. In einer von zahlreichen Bürgermeistern, sowie Vertretern von Gemeinden und Verkehrsvereinen besuchten Versammlung in Redartleinach referierte Dipl.-Ing. Neuer, Gerbach, über Zweck und Ziel der vor Jahresfrist gebildeten Siedlungskommission des Redartalverkehrsverbandes. Nach dem Beispiel anderer Gegenden ist die Planung eines in sich geschlossenen Wirtschaftsgebietes des Redartales von Mannheim bis Weilbronn in Aussicht genommen. Endziel ist die wirtschaftliche Besserung des Gesamtgebietes, wobei auch Fragen der Gasversorgung und Anlage von Flugplätzen eine Rolle spielt. Die Zusammenfassung der Planung soll in einer Zeitschrift festgelegt werden. Die Arbeiten der Kommission dauern voraussichtlich ein Jahr. Erst wenn die Aussicht besteht, daß die Gemeinden die Kosten übernehmen, kann mit der Arbeit begonnen werden.

Ferngasversorgung von Ettlingen. Die Stadtgemeinde Ettlingen will sich, nach einer Vorlage an den Bürgerausschuß, mit einem Stammkapital von 13 000 RM an einer zu gründenden Gesellschaft m. b. H., „Gasfernversorgung Karlsruhe-Süd G. m. b. H.“ beteiligen. Sie schließt zu diesem Zweck mit der Allgemeinen Energieversorgungs-A.G. in Heidelberg einen Gründungs- und Gesellschaftsvertrag ab. Der Gemeinderat soll ermächtigt werden, mit der Gasfernversorgung Karlsruhe-Süd einen Gaslieferungsvertrag auf die Dauer von 37 Jahren zu vereinbaren.

Der Bürgerausschuß Malsch (bei Ettlingen) setzte als Gemeindeumlage fest: 1,23 RM für 100 RM Liegenschaftsvermögen, 49 Pf für 100 RM Betriebsvermögen, und 9,21 RM für 100 RM Gewerbeertrag.

Aus dem Offenburger Stadtrat. Die Offenburger Oberbürgermeisterwahl findet am 27. März dieses Jahres statt. Die Offenburger Wohnungsnot ist immer noch die gleiche geblieben. Es haben noch 117 orsanisajfjge Familien Notwohnungen. Es sollen deshalb im kommenden Jahre trotz der schwierigen Finanzlage neue Wohnungen erstellt werden.

Um die Gasfernversorgung im unteren Breisgau. Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Eduard Steinherr (Herbolzheim) fand in Herbolzheim eine Besprechung über die Gasfernversorgung des unteren Breisgauer statt. Es beteiligten sich daran die Bürgermeister von Herbolzheim, Keningingen, Kiesel und Leningen sowie Direktor Günther von der Allgemeinen Energieversorgungs-A.G. (Mannag) in Heidelberg. Die Gasfernversorgung soll von der Mannag übernommen werden, sobald die abzuschließenden Verträge von den Körperschaften der beteiligten Gemeinden gutgeheißen worden sind.

Die Sozialdemokraten gegen die Berliner Festspiele. Die sozialdemokratische Fraktion hat in der Berliner Stadterordnetenversammlung einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, in dem sie sich gegen die geplante Abhaltung Berliner Festspiele in diesem Sommer wendet. Der Antrag erklärt, daß durch diese Veranstaltung weder eine Steigerung des Berliner Fremdenverkehrs, noch eine Belebung des Wirtschaftslebens zu erwarten sei und verlangt, daß weder die Städtische Oper noch das Philharmonische Orchester für die Festspiele zur Verfügung gestellt werden.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	11. März		10. März	
	Geld	Kurs	Geld	Kurs
Amsterdam 100 G.	168,26	168,60	168,25	168,59
Kopenhagen 100 Kr.	112,23	112,45	112,29	112,52
Napoli . . . 100 L.	21,97	21,96	21,97	21,96
London . . . 1 Pf.	20,393	20,433	20,395	20,435
New York . . 1 D.	4,1940	4,1920	4,1945	4,2025
Paris . . . 100 Fr.	16,405	16,445	16,415	16,455
Schweiz . . . 100 Fr.	81,15	81,31	81,185	81,34
Wien 100 Schilling	59,06	59,18	59,09	59,21
Prag . . . 100 Kr.	12,428	12,48	12,433	12,453

Vorübergehende Abwägung der Mark. Seit Ende voriger Woche zeigt sich Unruhe auf dem Devisenmarkt. Der Dollar stieg am Montag über die rechnermäßige Parität, erreichte jedoch abends wieder den normalen Stand. Die „Frankf. Ztg.“ fragte, ob die Reichsbank alles getan habe, um diese überflüssige Zudringlichkeit vom Devisenmarkt fernzuhalten. Das Blatt schreibt u. a.:

Für die Reichsbank sollte die alleinige Richtschnur sein, mit den ihr reichlich zu Gebote stehenden Kräften, zu jeder Stunde den Markkurs in der Welt stabil zu halten, dies namentlich in Zeiten der Unsicherheit. Bei 128 Mill. Reichsmark offenem Devisenbestand und bei einem wahrscheinlich nicht geringen Weis auf Valutawechseln, vor allem bei einem erheblich gestärkten Goldbestand von 2682 Mill. haben für sie 2 oder 4 Mill. Reichsmark Devisenabgaben nichts zu bedeuten. Die deutsche Wirtschaft erhebt den Anspruch, daß das ohnehin geschwächte Vertrauen des In- und Auslandes nicht durch technische Saumläufigkeiten immer wieder auf die Probe gestellt wird.

Der Privatdiskont für beide Sichten wurde, wie aus Berlin gemeldet wird — um je 1/2 Proz. auf 5 1/2 Proz. ermäßigt.

Der Mannheimer Hafenverkehr im Februar. Durch starken Nebel und ungünstige Wasserhältnisse war die Schifffahrt im Berichtsmonat stark behindert. Am 7. Februar betrug nach dem Rheinpegel der höchste Wasserstand 2,46 Meter und der niedrigste Wasserstand am 28. Februar 1,77 Meter. Die Schifffahrt auf dem Neckar konnte nur schleppend in dem Berichtsmonat durchgeführt und mußte am 22. Februar ganz eingestellt werden. Der höchste Wasserstand betrug nach dem Jagstfelder Pegel am 6. Februar 0,90 Meter und der niedrigste Wasserstand am 27. Februar 0,32 Meter. Der Gesamtumschlag hat um rund 194 000 Tonnen gegenüber dem Vormonat abgenommen. Diese Verkehrsabnahme ist auf erheblichen Rückgang in der Zufuhr von Getreide, Mehl, Salz, Holz, Steinkohlen sowie auf Abnahme des Umschlages von Hauptschiff zu Hauptschiff zurückzuführen.

Der gesamte Güterumschlag einschließlich Umschlag von Hauptschiff zu Hauptschiff betrug 437 555 Tonnen (im Vorjahr 63 227 Tonnen).

Es kamen auf dem Rhein 160 Güterboote und 1050 Schleppfähne an, die 369 673 Tonnen Güter löschten. Abgegangen sind 162 Güterboote und 1018 Schleppfähne mit 58 929 Tonnen Güter. An dem Verkehr auf dem Neckar nahmen bei der Ankunft 2 Güterboote und 40 Schleppfähne mit 4546 Tonnen Güter und beim Abgang 3 Güterboote und 58 Schleppfähne mit 4410 Tonnen Güter teil.

Der Umschlag von Hauptschiff zu Hauptschiff betrug 38 719 Tonnen.

Auf den Handelsflüssen entfallen in Ankunft 126 935 Tonnen, in Abgang 31 163 Tonnen;

auf den Industriehäfen entfallen in Ankunft 64 273 Tonnen, in Abgang 6886 Tonnen;

auf den Rheinauhäfen entfallen in Ankunft 166 109 Tonnen, in Abgang 3474 Tonnen.

Von den wichtigsten Güterarten hat die Kohle mit 243 738 Tonnen an dem Verkehr den größten Anteil. Der Umschlag in Getreide betrug 60 732 Tonnen, an Holz 6318 Tonnen, Kies und Sand 13 167 Tonnen, Salz 15 851 Tonnen, Mehl 8520 Tonnen, Erdöl 18 097 Tonnen und Wein- und Obst 9939 Tonnen.

Bereinsbank Mannheim-Heidelberg e. G. m. b. H. Trotz höherem Reingewinn von 7027 (i. V. 6470) Reichsmark wird eine von 9 auf 8 Proz. ermäßigte Dividende vorgeschlagen und dafür dem Vorkurskonto ein größerer Betrag (1038 gegen 104 M i. V.) zugewiesen. Das Gewinn- und Verlustkonto schließt auf beiden Seiten mit 70 569 M ab. Der Jahresumsatz auf beiden Seiten verminderte sich auf 12 980 955 (i. V. 13 087 236) Reichsmark. Die Schlussbilanz weist in Aktiven und Passiven 644 836 M aus. Die Mitgliederzahl ist von 897 auf 836 und damit die Haftsumme von 1 794 000 auf 1 672 000 M zurückgegangen.

Fuchs-Waggon. Die Linke-Gosmann-Waggon-Werke AG. soll die Aktienmajorität der Gebr. Schönborn-AG. Düsseldorf und der Fuchs-Waggonfabrik AG. in Heidelberg unter Mitwirkung des durch den Badner Bankverein, die Schroeder-Bank und die Danabank vertretenen Bankfortritts erworben haben.

Heidelberg Volksbank. Die Bilanzsumme per 31. Dezember 1929 beliefert sich auf 9 291 665 M. Reingewinn: 127 915 Reichsmark.

Volksbank Eppingen e. G. m. b. H. Bilanzsumme: 1 122 000 Reichsmark (916 000), Gesamtumsatz: 41 754 281 M. Die Generalversammlung erteilte Vorstand und Aufsichtsrat einstimmig Entlastung. Aus dem Reingewinn von 23 910 M kommen 10 Proz. Dividende zur Verteilung. Dem Vorschlag des Aufsichtsrats, die Summe der aufzunehmenden Gelder von 1 auf 2 Millionen und den Betrag des an ein einzelnes Mitglied zu gewährenden Kredits von 30 000 auf 40 000 M zu erhöhen, wurde zugestimmt.

Aus der Ziegelindustrie. Die Firma Ritter, die in Hoffenheim bei Sinsheim eine Zementziegelfabrik betreibt, hat nunmehr auch in Hohenheim ein solches Unternehmen gegründet, da der Zementziegel gegenwärtig bei Neubauten starke Verwendung findet. — Die Dampfziegelwerke Gebr. S. Vott in Hohenheim (Amt Mosbach) haben die Arbeit wieder in vollem Umfange aufgenommen. Es werden etwa 100 Arbeiter beschäftigt.

Die **Bereinsbank Wiesloch.** In der diesjährigen Generalversammlung wurde die Bilanz, die einen Gesamtumsatz von 46 781 660 M ausweist, einstimmig genehmigt. Die Verwendung des Reingewinns mit 10 Proz. Dividende auf die eingezahlten Geschäftsanteile auf 13 334 M und 8544 M Zuweisung auf die Reservefonds wurde gebilligt, ebenso eine weitere Aufwertungsquote von 3 Proz. auf die alten Spareinlagen.

Überzeichnung der Schweizer Bundesanleihe. Die 4½-prozentige Schweizer Bundesanleihe im Betrage von 250 Millionen Franken, wovon 225 Millionen durch Konversion und freie Zeichnung aufgelegt wurden, hatte einen vollen Erfolg, so daß die freien Zeichnungen reduziert werden müssen.

Kurze Nachrichten aus Baden

Dr. Heidelberg, 8. März. Im Alter von 76 Jahren starb Generalleutnant a. D. **Wedmann**, der seit 1918 in Heidelberg ansässig war und infolge Krankheit der letzten Jahre zurückgezogen lebte.

Öffentliche Sparkasse Böhlingen

Bilanz per 31. Dezember 1929

Vermögen:	M	Verbindlichkeiten:	M
1. Kassenbestand	5 742,13	1. Spareinlagen (neue)	282 657,91
2. Banken und Postkassenguthaben	20 856,52	2. Aufwertungs-spareinlagen	170 602,36
3. Wechselbestand	4 112,45	3. Giro- und Kontokorrentguthaben	37 536,64
4. Darlehen in laufender Rechnung	52 755,04	4. Anleihenkapitalien	28 232,65
5. Hypothekendarlehen	218 812,40	5. Reservefonds	14 190,62
6. Darlehen an Gemeinden und Körperschaften	32 150,—	Neingewinn 1929	9 023 M
7. Bürgschaftsdarlehen	42 484,60	Zum Aufw.-konto	7 000 M
8. Aufwertungsfordernngen	144 965,—	6. Dem Reservefonds überwiesen	2 023,—
9. Einnahmerückstände	11 836,81		
10. Gerätschaften	1 523,03		
	535 243,18		535 243,18

Berechnung der Rücklagen:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
5% aus 320 194,55 M Einlagen 16 009,72 M
Sie beträgt am Schluß des Jahres 1929 16 213,62 M
Somit mehr 203,90 M

Böhlingen, den 8. März 1930. D. 266

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:
König, Bürgermeister.

Der Geschäftsleiter:
Beißmann.

Schnau i. Schw. D. 271 Vertrag vom 25. Februar 1930 ist die Verwaltung u. Nutzung des Gemarkungs- u. Vermögens der Ehefrau ausgeschlossen. Das Vermögen der Ehefrau besteht in den in der

Anlage dieses Vertrags bezeichneten beweglichen Sachen.
Schnau i. Schw., den 3. März 1930.
Amtsgericht.

Hb. Hebesheim bei Weinheim, 11. März. In der Nacht auf Montag fuhr der Obermeister **Adam Kohler** von hier in der Nähe des Ortes mit dem **Motorrad** in eine Gruppe Leute, die sich auf dem Heimwege nach Großschafheim befanden. Pfarrer **Schmidt** von hier erlitt lebensgefährliche Verletzungen, Kohler selbst einen Schädelbruch.

Dr. Nonnenweier, 8. März. Da es nicht gelungen ist, den Tabak letztjähriger Ernte zu annehmbaren Preisen abzusetzen, haben sich die **Tabakpflanzer** von Nonnenweier und den umliegenden Gemeinden zusammengetan und werden in den Lagerräumen der Firma **Biermann** (Dinglingen) etwa **7000 Zentner Tabak** fermentieren und einlagern.

Dr. Bühl, 10. März. Soeben wurden die Bauarbeiten für die **Verbindungsstraße** zwischen den Kirchhöfen **Hundst** und **Unterfink** ausgeschrieben; sie sollen bis Juli beendet sein. Damit wäre die wichtigste Teilstrecke der Höhenautostraße geschaffen.

Dr. Rehl, 10. März. Aus Anlaß des gestern in Frankreich wegen der schweren Überschwemmungslafstrophe im Süden des Landes abgehaltenen **Nationaltrauertages** hatten die Dienstgebäude der Besatzungstruppen die Fahnen auf Halbmast gesetzt. Bürgermeister **Dr. Lutzmer** sprach gestern mittag dem kommandierenden General des **Brückenkopfes** Rehl, **Ménétrier**, die Teilnahme der Bevölkerung Rehl's aus.

Hb. Donaueschingen, 10. März. Auf Grund des badischen Fischereigesetzes und der zugehörigen **Landesfischereivereinbarung** hat das Bezirksamt Donaueschingen für die Donau und Breg auf den Bemerkungen **Donaueschingen, Altmendshofen, Föhren, Neubingen, Gutmadingen** und **Seiffingen** eine bezirkspolizeiliche Vorschrift erlassen, derzufolge die Gewinnung von Sand und Kies in der Donau und ihren Nebenarmen, sofern diese oben und unten mit der Donau Verbindung haben, sowie im Unterlauf der Breg von ihrer Mündung bis zum **Fürstlich-Fürstenbergischen Wehr** in der Zeit vom 1. Mai bis mit 25. Juni verboten ist.

Dr. vom Bobensee, 10. März. Der **Bobensee** hat gegenwärtig einen seit Jahrzehnten nicht mehr dagewesenen Tiefstand des Seemassens zu verzeichnen. Weite Uferstrecken entlang sieht man offenen, braunen Seegrund. Der **Wasserspiegel** dürfte sich in diesem Jahr um mehr als 30 Zentimeter gegenüber anderen Jahren gesenkt haben. Der **Gondelhafen** in Bregenz ist ein Schlammfeld; weiter gegen Süden breitet sich eine braune, weit in den See reichende Sand- und Steinwüste aus. Die Möven flattern gern um diese Stellen, wo sie viel Futter finden.

Dr. Speyer, 11. März. Auf Veranlassung der Reichsbermögensverwaltung werden von der **französischen Besatzung** in Speyer jetzt wieder **16 Offiziers-** und **18 Unteroffizierswohnungen** freigegeben. Insgesamt sind in der Pfalz bis zum heutigen Tage etwa **120 Wohnungen** von den Franzosen geräumt worden.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung
Die abgeforderten Bemerkungen **Unterwald, Oberlofterwald, Unterlofterwald und Großlofterwald.**

Die zwischen dem Eigentümer der abgeforderten Bemerkungen **Unterwald, Oberlofterwald, Unterlofterwald und Großlofterwald** abgeschlossenen Vereinbarungen über die Vereinigung der abgeforderten Bemerkungen **Unterwald und Oberlofterwald** mit der Gemeinde **Spielberg, Unterlofterwald** mit der Gemeinde **Paffenrot** und **Großlofterwald** mit der Gemeinde **Burbach** wurden mit Wirkung vom 1. April 1930 staatlich genehmigt.

Karlsruhe, den 6. März 1930.
Der Minister des Innern:
J. Wittmann.

Lotterie.
Dem **Landheim-Bessingschule Mannheim** wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer **Geldlotterie** erteilt.
Karlsruhe, den 6. März 1930.
Der Minister des Innern:
J. Wittmann.

Staatsprüfungen für den mittleren technischen Dienst im Maschinenwesen und in der Elektrotechnik.
Die Nachgenannten haben die im Februar 1930 abgehaltene Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im

Maschinenwesen bestanden und hierdurch nach der Verordnung vom 24. Januar 1925 die Berufsbezeichnung „staatlich geprüfter Maschinenbaumeister“

erlangt.
Bader Ludwig aus Weingarten (Baden), **Baumfuß Willi** aus Forzheim-Dillweissenstein, **Birnreiter Eugen** aus Baden-Baden, **Bühmayer Paul** aus Weisbach (Oberamt Künzelsau), **Demuth Karl** aus Konstanz, **Dusberger Friedrich** aus Schwetzingen, **Ehmann Kurt** aus Karlsruhe, **Fall Wilhelm** aus Karlsruhe, **Koller Robert** aus Heilbronn a. N., **Krämer Friedrich** aus Mannheim, **Krebs Jakob** aus Gernsheim (Hessen), **Kreuter Wilhelm** aus Würzburg, **Lehmann Erwin** aus Straßburg i. Elß., **Mayer Otto** aus Reimen b. H., **Meyer Karl** aus Breisach (Baden), **Poff Kurt** aus Forzheim, **Schwebes Friedrich** aus Helmsheim, **Seiß Adolf** aus Karlsruhe, **Siewert Herbert** aus Ludwigshafen a. Rh., **Speidel Albert** aus Forzheim, **Spital Max** aus Homburg v. d. Höhe, **Wetter Karl** aus Heidelberg, **Weis Franz** aus Kirchborn, **Weis Adolf** aus Söllingen, **Zimmer Alfred** aus Baden-Baden, **Zimmermann Friedrich** aus Heidelberg, **Zurell Karl** aus Karlsruhe.

Die weiter Genannten haben die im Februar 1930 abgehaltene Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst in der Elektrotechnik bestanden und hierdurch nach der Verordnung vom 24. Januar 1925 die Berufsbezeichnung „staatlich geprüfter Elektrobaumeister“

erlangt.
Barth Werner aus Sulz bei Laß, **Berblinger Friedrich** aus Rottweil, **Bläß Helmut** aus Börsach, **Braun Robert** aus Forzheim, **Degele Richard** aus Mannheim, **Düringer Adolf** aus Heidelberg, **Friedmann Max** aus Heidelberg, **Heisel Willi** aus Heidelberg, **Heubgen Ernst** aus Offenbach, **Kiefer Robert** aus Ettlingen, **Riß Franz** aus Bühl, **Kopp Karl** aus Hausach, **Kumm Christian** aus Gröbningen, **Mater Karl** aus Bellingen, **Mattmüller Georg** aus Mühlheim (Baden), **Mayer Hermann** aus Karlsruhe, **Müller Karl** aus Königshofen, **Müller Karl** aus Balg (Amt Baden), **Oydenländer Willi** aus Frankenthal, **Richter Walter** aus Karlsruhe, **Stäger Werner** aus St. Georgen i. Schw., **Teiß Alfred** aus Saarbrücken, **Vogt Gottlieb** aus Dogern, **Wetterauer Karl** aus Würzburg (Amt Schopfheim), **Wegel Ernst** aus Bellingen, **Zwingert Josef** aus Niebischheim (Oßf.).
Karlsruhe, den 7. März 1930.
Der Finanzminister:
J. B. Sammet.

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zurufeetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:
Verwaltungsinspektor **Friedrich Metz** beim Ministerium des Innern zum Ministerialrechnungsrat.

Entlassen zwecks Übertritts in den Gerichtsvollziehersdienst:
Gendarmeriehauptwachmeister **Albert Meuser** in Zimmendingen, Amt Engen.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernannt:
Direktor **Baur Huber** an der **Notleid-Oberrealschule** in Freiburg zum Oberregierungsrat im Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Justizministerium

Ernannt:
Kanzleihilfe **Ludwig Trumppfeller** beim Notariat Karlsruhe zum Kanzleiaffizienten.

Planmäßig angestellt:
Gerichtsvollzieher **Hans Koll** beim Amtsgericht Offenbach.

Befördert:
Justizinspektor **Karl Ginter** beim Amtsgericht Karlsruhe zum Oberlandesgericht, **Gerichtsvorwarter Friedrich Kleinschmitt** beim Oberlandesgericht zum Amtsgericht Karlsruhe und **Kanzleiaffizient Jakob Roth** zum Amtsgericht Konstanz zum Amtsgericht Schopfheim.

Verstorben:
Polizeihauptwachmeister **Mois Schlageter** in Freiburg, Hauptlehrer **Ludwig Kühner** in Forzheim, am 24. Februar 1930; Oberlehrer **Wendelin Rummel** in Ottenheim am 26. Februar 1930.

Kommaldarlehen
vermittelt unter günstigen Bedingungen
JOSEPH LIEBMANN
Bankgesch., Karlsruhe I. B., Tel. 75 u. 76

Die Verhütung von Waldbränden.
Ein neuerdings entstandener Waldbrand im Hardtwald gibt uns Veranlassung darauf hinzuweisen, daß nach der bezirkspolizeilichen Vorschrift obigen Betreffs vom 8. Mai 1925 das Rauchen und Anzünden von Feuern in den Waldungen des Amtsbezirks außerhalb der Landstraßen und Gemeindegrenzen verboten ist. Zuwiderhandlungen werden unnachlässig bestraft werden.
Karlsruhe, den 6. März 1930.
Badisches Bezirksamt — Abteilung IV.

D. 272 Karlsruhe. Das Vergleichsverfahren über das Vermögen des Schreibers **Georg Jayme** in Karlsruhe, Adlerstr. 28, wurde nach erfolgter Bestätigung des am 6. 3. 1930 geschlossenen Vergleichs aufgehoben. Die Verfügungsbeschränkung wurde ebenfalls aufgehoben.
Karlsruhe, 8. 3. 1930.
Geschäftsführer des Amtsgerichts A 5.

Karlsruhe, D. 269
Güterrechtsregistereinträge:
1. Zu Bd. I Seite 367: **Wescher, Karl Leopold**, Chauffeur, Karlsruhe, u. **Maria Elfriede** geborene **Waldbauf**, Vertrag vom 25.

Abends:
*G 16. Th.-Gem. 101—200 und 1101—1200
Der Waffenschmied
Komische Oper von Volking
Dirigent: Kripp
Regie: Ammermann

Badisches Landestheater
Mittwoch, 12. März 1930
Nachmittags
7. Vorstellung der Schillerfeier
Das Räthen von Heilbronn
oder:
Die Feuerprobe

Großes historisches Ritterchauspiel von Kleist
Regie: Baumbach
Mitwirkende:
Bertram, Ermarth, Frauenborfer, Genter, Hebler, Bauer, Gebelein, Janz, Kallab, Seiling, Brand, Gemmede, Graf, Herz, Hiert, Höder, Juff, Kloeble, O. Kienischer, Kuhne, Landgrebe, Meiner, Müller, Brüter, Schneider, Schulze, b. d. Trend, Geier, Grimm, S. Kienischer, Wilam, Kleinbus, Luther, Meiner, Nagel.
Anfang 15^h Ende 18^h Preise A (0,70—5 M) Preise B (—) Ende 18^h Preise C (1—7 M)
Donnerstag, 13. März: **Ingeborg**, Fr. 14. März: **Das Räthen von Heilbronn**, Sa. 15. März: **Die Affäre Dreifuß**, So. 16. März: **Alida**. Im Konzertsaal: **Reine Vorstellung**, Montag, 17. März: **Kolonne Hund**.
Freihändler
Nadelstammholzverkauf.
Fortram Ethenheim, Dienstag, den 18. März 1930, nachmittags 4 Uhr. 788 Festmeter Nadelstämme u. Abfälle, I.—IV. Klasse, in 7 Losen. Losverzeichnis durch das Forstamt. Zahlungsverbindungen des Staates. Angebote in ganzen Prozenten der L. G. 1927 für jedes Los. Bindung 5 Tage.